

WAHLPRÜFSTEINE

mit Fragen an die Parteien zur Landtagswahl

am 08.10.2023 in Hessen

DIE LINKE HESSEN

1. Werden Sie sich dafür einsetzen, die Flächen-Neuinanspruchnahme für Siedlung und Verkehr in Hessen auf 1 Hektar am Tag bis 2025, und auf Netto-Null Hektar am Tag bis 2030 zu senken?

Die Versiegelung von Flächen wird in einem ausführlichen Unterkapitel unseres Wahlprogramms unter dem Titel "Flächenschutz ist Klimaschutz – Nachhaltige Flächennutzung umsetzen" behandelt. Demnach fordert DIE LINKE, dass bis 2023 die Netto-Null-Versiegelung erreicht wird. Kommunen und Kreise müssen die Instrumente, mit denen ein solcher Umgang mit Flächen durch- und umgesetzt und dann auch kontrolliert werden kann, nun zügig aufbauen. Für Flächen mit Böden, die eine hohe Klimaschutzfunktion haben, insbesondere gute und sehr gute Ackerböden, muss ein sofortiger Versiegelungsstopp eingeführt werden. Ein öffentlicher Bodenfonds soll sicherstellen, dass diese Flächen zu niedrigem Pachtzins an ortsansässige Agrarbetriebe vergeben und umweltschonend bewirtschaftet werden können. Außerdem wollen wir Kataster für zu entsiegelnde, für leerstehende und für Freiflächen erstellen. Dies sind zentrale Informationen für die Umsetzung einer nachhaltigen Flächennutzung.

2. Werden Sie einen wirksamen, nachvollziehbaren Klimaplan vorlegen, der die Klimaneutralität Hessens bis 2035 vorsieht?

Die schwarz-grüne Landesregierung hat die Nachhaltigkeitsziele nicht erreicht, einen unzureichenden Klimaschutzplan vorgelegt und ein weitgehend unverbindliches Klimaschutzgesetz verabschiedet. Die Ziele des Klimaplan 2045 der schwarz-grünen Landesregierung erfüllen nicht einmal annähernd die Vorgaben des Pariser Abkommens. Zudem zeigt er keine Wege auf, wie die gewünschte Klimaneutralität Hessens erreicht werden könnte. DIE LINKE fordert daher die Aufstellung eines neuen Klimaschutzplans mit Treibhausgasminderungszielen für die einzelnen Sektoren Energie, Gebäude, Industrie, Landwirtschaft und Verkehr, sowie konkrete Schritte, wie diese Ziele zu erreichen sind. Notwendig sind wirkmächtige Maßnahmen wie den Nulltarif im ÖPNV, warm-mietenneutrale energetische Sanierungen von Wohnungen und das Ende der Versiegelung von gutem Ackerland. Voraussetzung für einen gelingenden Klimaschutz sowie die Klimaanpassung unserer Städte ist eine gute und sozial ausgewogene Finanzierung. Dazu fordern wir einen Transformationsfonds. Da die schwarz-grüne Landesregierung seit 2014 den Klimaschutz weitgehend nur in Programmen und Ankündigungen stattfinden lässt, ihn aber nicht wirklich umsetzt, sind die Herausforderungen an Politik und Gesellschaft extrem gewachsen, um Hessen tatsächlich bis 2035 klimaneutral zu machen.

3. Werden Sie sich für gesetzliche Regelungen zur Solarpflicht auf allen Neubauten und auf Dächern, bei denen wesentliche Sanierungen oder Änderungen anstehen, sowie über allen versiegelten Flächen (Parkplätze, Lärmschutzwände o.ä.) einsetzen?

Aus Sicht der LINKEN ist die Solarpflicht eine wichtige Maßnahme der Energiewende. Die Nutzung der Sonnenenergie ist neben der Windkraft die wichtigste Art, preiswert und klimaschonend zu Wärme und Strom zu kommen. Der Aufwand ist im Vergleich zu Gaspipelines, Bergwerken oder Betonbauten gering und der Flächenverbrauch auch, wenn möglichst viele Dächer genutzt werden. In Hessen wird nur ein Bruchteil der Möglichkeiten ausgeschöpft. Deshalb treten wir dafür ein, Gebäudebesitzer mit einer Solarsatzung zu verpflichten, bei Neubau und bei großen Dachsanierungen Solaranlagen zu installieren - auch auf Gewerbeflächen und öffentlichen Gebäuden. Dazu sollen Kommunen die Möglichkeit bekommen, entsprechende Auflagen zu erlassen.

4. Unterstützen Sie im Rahmen der Verkehrswende den Vorrang des ÖPNV?

Unter dem Titel "Unsere Mobilität garantieren – Verkehr reduzieren" formuliert DIE LINKE in ihrem Programm sehr ausführlich ihre Vorstellungen von einer sozial-ökologischen Verkehrswende. Dazu gehört selbstverständlich, dass der ÖPNV stärker gefördert wird als bisher und dass der motorisierte Individualverkehr zugunsten des Umweltverbunds Verkehrsraum und Finanzmittel abgeben muss.

Um allen Menschen Mobilität für gesellschaftliche Teilhabe zu ermöglichen, fordern wir gute und flächendeckend garantierte öffentliche Nahverkehrsangebote und niedrige Ticketpreise. Für sichere und gesündere Fortbewegung wollen wir systematisch mehr Fuß- und Fahrradwege, Bäume und Begegnungsräume. Dafür sind mehr öffentliche Investitionen und viel mehr Beschäftigte bei Bus und Bahn nötig.

DIE LINKE will einen flächendeckend ausgebauten, rund um die Uhr gut getakteten, klimaschonenden und bezahlbaren ÖPNV. Umsteigezeiten sollen auch im ländlichen Raum 15 Minuten nicht überschreiten. Das nächste Oberzentrum soll in einer halben Stunde erreichbar sein. In den Ballungsräumen müssen die Kapazitäten erweitert werden. Dazu müssen deutlich mehr Geld, Personal und Planungskapazität ins Nahverkehrssystem gesteckt werden. Es braucht mehr Landesmittel, mehr Regionalisierungsmittel vom Bund und neue Finanzierungsinstrumente. Wir schlagen zusätzlich eine Nahverkehrsabgabe für Unternehmen vor.

Auf der anderen Seite unterstützen wir die Bürgerinitiativen, die Proteste und Aktionen unter dem Motto „Wald statt Asphalt!“. Der Neu- und Ausbau von Fernstraßen in Hessen muss gestoppt werden. Es ist unverantwortlich, in zweistelligen Verkehrszuwachs zu investieren, Wälder zu roden oder Natur- und Wasserschutzgebiete zu gefährden. Das Land muss alle Hebel in Bewegung setzen, um die Erweiterung der A 661, A 3 und A 5 rund um Frankfurt, den Weiterbau der A 49 in Mittelhessen und den der A 44 in Nordhessen zu verhindern. Diese Verkehrswegeplanung aus dem letzten Jahrhundert verschwendet öffentliche Mittel und verbaut die notwendige Verkehrswende. Die vielen Hundert Millionen Euro aus dem Verkehrsetat werden gebraucht um Bahninfrastruktur und öffentlichen Nahverkehr zügig zu verbessern und auszubauen.

5. Sind sie für die Einführung einer Grundwasserabgabe?

DIE LINKE will für gewerbliche Wassernutzung ein Wasserentnahme-Entgelt (Wassercent) wieder einführen. Die Einnahmen sollen für die Umsetzung der Wasserrahmenrichtlinie, zur Renaturierung und Sanierung grundwasserabhängiger Landlebensräume wie Riedwälder und Sümpfe sowie zum Schutz und zur Wiedervernässung von Mooren eingesetzt werden.

6. Werden Sie sich dafür einsetzen, dass die Themen Landwirtschaft, Forsten und Umwelt/Naturschutz weiter in einem Ressort gebündelt bleiben?

Diese Bündelung hält DIE LINKE für richtig. Eine Anbindung der Bereiche Landwirtschaft oder Forsten an ein anderes Ministerium, etwa das Wirtschaftsministerium, würde die falschen Prioritäten setzen.

7. Werden Sie sich dafür einsetzen, dass alle Zuständigkeiten im Naturschutz in der Naturschutzverwaltung gebündelt werden?

Aus Sicht der LINKEN ist die in den letzten Jahren vollzogene Bündelung der Kompetenzen im HLNUG sinnvoll, um Synergien zu ermöglichen und die Unabhängigkeit gegenüber widerstreitenden Interessen zu gewährleisten.

8. Werden Sie sich dafür einsetzen, dass der Bereich Umwelt, vertreten durch einen hessischen Umwelt- und Naturschutzverband, einen Sitz im Rundfunkrat des Hessischen Rundfunks erhält?

DIE LINKE kämpft für eine sozial-ökologische Wende in Wirtschaft und Gesellschaft. Die Sozialverbände sind bereits im Rundfunkrat vertreten, nun ist es an der Zeit dort auch Umwelt und Klimaschutz eine Stimme zu geben. Daher werden wir den Vorschlag gerne aufgreifen.